



Antrag

der Abgeordneten **Prof. Dr. Ingo Hahn, Katrin Ebner-Steiner, Christoph Maier, Stefan Löw, Richard Graupner, Roland Magerl, Ferdinand Mang, Christian Klingen, Jan Schiffers, Ralf Stadler** und **Fraktion (AfD)**

Linke Gewalt – Vormarsch stoppen! IV

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, angesichts der Terrorisierung linker Gewalt sich dafür einzusetzen, durch den Einsatz von Risikobewertungsinstrumenten wie Radar-iTE Ressourcen, polizeiliche Mittel gezielter im Kampf gegen linke Gewalt einzusetzen, um dadurch linksextremistischen Anschlägen vorzubeugen.

Begründung:

Seit Jahren mehren sich Meldungen über bedrohliche Ausschreitungen bei politischen Veranstaltungen sowie der zunehmenden Gewaltbereitschaft der linksextremistischen Szene und dennoch fehlt es an der Umsetzung wirksamer Konzepte und präventiver Maßnahmen, um die demokratischen Grundwerte zu schützen.

Der Fokus im politischen Kampf gegen Extremismus scheint seit Jahren wie erstarrt auf immer das gleiche Thema gerichtet, wodurch linke Vereine und Organisationen ihre Strukturen massiv ausbauen und ein europaweites Geflecht ideologisch Gleichgesinnter aufbauen konnten. Innerhalb dieser Strukturen werden gewaltbereite Aufmärsche oder Anschläge organisiert, während Straftätern im Anschluss daran Unterstützung für Gerichtsprozesse unter der Bedingung der Verschwiegenheit und zum Schutz anderer gleichgesinnter Straftäter gewährt wird¹.

Zudem wirken solche linksextremen Milieus wie Magnete auf junge Menschen, die sich geschützt und dadurch angezogen fühlen². Gleichzeitig kommt es neben der zunehmenden Radikalisierung der linksextremistischen Szene auch zu einem Wandel der Gewaltbereitschaft, die ein besorgniserregendes Maß erreicht hat. Mittlerweile werden neben Sachbeschädigungen auch Personenschäden billigend in Kauf genommen, wobei terroristische Tendenzen erkennbar werden³.

So kam es beispielsweise am 09.01.2021 in der Landesaufnahmebehörde in Braunschweig zu einem linksextremistischen Anschlag, bei dem Brandsätze an Fahrzeugen der Behörde gezündet wurden, um durch rücksichtslose, terroristische Mittel den Rechtsstaat zu erschüttern und seine politischen Ziele mit Gewalt durchzusetzen. Auch an Gebäuden der Landesaufnahmebehörde in Hannover-Langenhagen wurden

¹ https://www.verfassungsschutz.bayern.de/mam/anlagen/vsb-2019_bf.pdf

² <https://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/265349/die-internationale-vernetzung-von-linksextremisten>

³ <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/39534/umfrage/entwicklung-des-linksextremismuspotenzials-in-deutschland/>

Brandsätze gefunden, die glücklicherweise nicht entfacht wurden, jedoch für hohe Verunsicherung und Angst bei den Mitarbeitern sorgten^{4,5}.

Neben staatlichen Einrichtungen werden auch vermehrt Politiker durch linke Gewalt bedroht. Aus Informationen der Bundeszentrale für politische Bildung geht hervor, dass es von 2018 auf 2019 einen Anstieg linker Gewalt gegen Amts- und Mandatsträger um 39,6 Prozent gegeben hat. Gewaltdelikte gegen diese Personengruppe und damit direkt auch gegen die demokratische Grundordnung gingen in diesem Zeitraum häufiger von links als von rechts aus⁶.

Es ist daher an der Zeit, entschlossen gegen die aufflammende Bedrohung durch linke Gewalt gezielt und ressourcenschonend durch präventive Maßnahmen vorzugehen. Radar-iTE, ein Risikobewertungsinstrument, das ursprünglich zur Gefährdungseinschätzung von Personen aus dem Bereich des islamistischen Terrorismus konzipiert wurde, könnte dabei helfen, linksextremistische Straftäter frühzeitig zu erkennen und Anschläge zu verhindern. Durch die Auswertung biografischer Informationen und des Verhaltens, könnten einzelne Personen mit erhöhtem Gefährdungspotenzial bei Ermittlungen priorisiert werden, was die begrenzten Ressourcen polizeilicher Maßnahmen schonen würde und dabei maximale Effizienz gewährleistet⁷.

⁴ https://www.focus.de/politik/deutschland/in-braunschweig-brandanschlag-auf-asylbehoerde-ermittler-gehen-von-linksextremistischen-taetern-aus_id_12851969.html

⁵ <https://www.hna.de/welt/niedersachsen-hannover-braunschweig-langenhagen-anschlag-brand-feuer-linksextremismus-goettingen-zr-90163536.html>

⁶ https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/downloads/DE/veroeffentlichungen/2020/pmk-2019.pdf?__blob=publicationFile&v=11

⁷ <https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/kurz dossiers/302982/gefaherder>